



Wie weiter mit unserer Gleichstellungspolitik?

Am 20. August diskutierte die SP Aargau die Frage «Wie weiter mit den SP Frauen?». Zuvor wurden an zwei Anlässen die Grundlagen zu dieser Diskussion mit einer Übersicht über die Aspekte Gleichstellung und Diversity (Vielfalt) gelegt. Die erste Veranstaltung in Brugg vom 11. Juni zum Thema «Diversity – Verschieden sein in der SP Aargau» (siehe links.ag 137 vom Juni 2013) eröffnete unser Regierungsrat Urs Hofmann mit einem Grusswort:



Ich danke der SP Aargau herzlich, dass Sie diese Diskussionsreihe organisiert. Denn das Thema Vielfalt und die damit verbundene Gleichheit der Chancen sind zentrale sozialdemokratische Themen und sollen auch Gegenstand eines konstruktiven Diskurses sein. Der Entwicklung zu Toleranz und einer positiven Anerkennung von Vielfalt steht die Gefahr der Intoleranz und der gewaltsamen Durchsetzung eines bestimmten Menschenbildes gegenüber. Für die SP war es seit je ein Hauptanliegen, Diskriminierung zu verhindern. Die Partei bestätigt damit die Vorreiterrolle, die sie traditionell im Engagement für die Gleichheit und Freiheit aller Menschen eingenommen hat. Früher war die SP eine Klassenpartei, heute ist sie eine Wertepartei. Jedoch bleiben die sozialdemokratischen Werte seit der Gründung der SP Schweiz vor 125 Jahren die gleichen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

In der Willensnation Schweiz und gerade auch im Aargau wissen wir, wie wichtig es für ein stabiles Gemeinwesen ist, sprachliche, regionale und kulturelle Unterschiede zu respektieren.

Unser Ziel muss es sein, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Unterschiede des Geschlechts, der Hautfarbe, der Herkunft, der Religion oder der sexuellen Orientierung keine Rolle spielen. Oder anders gesagt: Nur eine Gesellschaft, die auf Vielfalt oder «Diversity» baut, kann langfristig innovativ sein und überleben.

Die offene und pluralistische Gesellschaft, in der wir uns heute in der Schweiz bewegen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das Ergebnis zahlloser individueller und gemeinsamer Bemühungen, die noch lange nicht abgeschlossen sind. Mit der rechtlichen Gleichstellung der Frauen seit 1971 sind bedeutende Meilensteine erkämpft worden. Aber: Rechtliche Gleichheit bedeutet nicht Gleichstellung. Noch heute erhalten Frauen in der Schweiz 20 Prozent weniger Lohn für gleiche Arbeit. Es gibt noch vieles zu tun. Zuweilen sind es auch nur kleine Schritte, die zum Beispiel ich als Chef eines Departements mit

2300 Mitarbeitenden setzen kann: Als ich mein Amt als Regierungsrat vor 4 Jahren angetreten habe, standen meinen 10 Abteilungen ausschliesslich Männer vor. Heute sind es immerhin zwei Frauen, und auch in meinem Generalsekretariat sind Frauen vermehrt an wichtigen Positionen. Auch die Möglichkeiten für Polizistinnen, ihren Beruf mit reduzierten Penssen in Teilzeit ausüben zu können, wurden erweitert.

Schaffen wir als SP gemeinsam vermehrt ein öffentliches Bewusstsein dafür, dass die Menschen nicht trotz, sondern wegen ihrer Verschiedenheit voneinander profitieren können. Die Veranstaltungen zum Thema «Diversity» tragen zu dieser Bewusstseinsbildung bei.

Das vollständige Votum von Urs Hofmann wird auf der Homepage der SP Kanton Aargau www.sp-aargau.ch aufgeschaltet.

Urs Hofmann ist Aargauer SP-Regierungsrat.

EDITORIAL

Steuern senken – Sparen – Verscherbeln

Auch wenn es bürgerlichen Politikern nicht passt: Die Steuersenkungsrunden der vergangenen Jahre waren nichts anderes als ungeschickte und falsche Steuergeschenktrunden.



Ungeschickt, weil der Zeitpunkt unschlau gewählt war. Falsch, weil die Falschen bevorteilt wurden. Und dem Staat, also uns allen, Handlungsspielraum entzogen wurde. Nun hat der Souverän wohl immer zugestimmt. Verführerischen Argumenten wurde Glauben geschenkt. Man wollte aber wohl kaum bewusst am Ast sägen, auf dem man sitzt.

Die Folgen? Das Übliche: Sparen respektive die Schwächsten zur Kasse bitten (Patientenbeteiligung auf das gerade noch Zulässige hochschrauben), Staatseigentum an die Vermögenden verscherbeln (Gewinne respektive Kantonalbank privatisieren, Verluste verstaatlichen), ausbluten lassen (die Aargauische Pensionskasse), die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen, dann erneut Steuern für die Vermögenden senken und-soweiter.

Die Alternative dazu: Hören wir mit diesem neoliberalen Unsinn auf. Alle beziehen oder profitieren von staatlichen Leistungen. Diese Leistungen sollen und dürfen etwas kosten: Patientenbeteiligung auf Null senken, Staatseigentum nicht privatisieren, Mindestlöhne einführen, die Lohnspannbreite begrenzen. Und die Steuern wieder auf das Niveau zurückführen, auf dem sie vor der Wirtschaftskrise schon mal waren: Auch das haben wir alle überlebt.

Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Aargau und Grossrat.

INTERVIEW

Der neue SP-Bankrat

links.ag: Beni Strub, Du wurdest am 2. Juli als «wilder» Kandidat vom Grossen Rat in den Bankrat der Aargauischen Kantonalbank (AKB) gewählt. Was bringst Du für dieses Amt mit?



Beni Strub: Ich stamme aus einer Unternehmerfamilie und bin in einem mittelgrossen Familienunternehmen als Mitglied der Geschäfts-

leitung immer wieder mit strategischen Fragen beschäftigt. Die unternehmerische Erfahrung wird es mir erlauben, kritische Fragen im Gremium zu stellen und damit auch die operative Leitung der Bank zu überwachen.

Was nimmst Du Dir für Deine Arbeit im Bankrat vor? Wie relevant ist es, dass die SP in diesem Gremium vertreten ist?

Die AKB ist bis jetzt nicht in den Sog von reputationsgefährdeten oder rechtswidrigen Aktivitäten geraten. Vertrauen wird immer das grösste Kapital einer Bank sein. Dieses gilt es zu bewahren. Aber auch die AKB muss sich mit Entwicklungen im Bankenumfeld auseinandersetzen. In einem Verwaltungsrat muss auch die Aussensicht eingebracht werden können und nicht nur Spezialistenwissen und neoliberale Überzeugungen. Eine Kantonalkbank mit Staatsgarantie kann ihre Position für Unternehmen im Kanton, zur wirtschaftlichen Entwicklung und der Erhaltung interessanter Arbeitsplätze besser nutzen. Die Auffassung, der Kanton soll sein Tafelsilber zum Höchstpreis veräussern, teile ich nicht. Es kann allenfalls strategisch sinnvoll sein, über eine Zusammenarbeit nachzudenken. Zur Zeit betrachte ich aber einen Eigentümerwechsel nicht als opportun.

Was ist für Dich wichtig im Leben?

Nachdem meine Kinder auf dem Weg in eine eigenständige Zukunft sind, kann ich mich wieder vermehrt meinen kulturellen Interessen widmen. Ich lese viel, wandere gerne und gehe auch mal in die Luft: Ich fliege mit Ultraleicht-Flugzeugen.

Der Jurist, Raumplaner und Wirtschaftsfachmann **Beni Strub** von Rheinfelden wurde neu in den Bankrat der Aargauischen Kantonalkbank gewählt. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

GENDER – GESCHLECHTLICHE GLEICHSTELLUNG – INTEGRATION

Diversity – Verschieden

Am 29. Juni wurde die Bruggener Diversity-Diskussion vom 11. Juni in drei Workshops zu den Themen Gender, geschlechtliche Gleichstellung und Integration vertieft. Im Grossratsgebäude in Aarau diskutierten Interessierte aus Second@s Plus, JUSO, der SP-Grossratsfraktion, dem Parteisekretariat und der Parteileitung. Die Ergebnisse sollten dazu beitragen, die Frage «Wie weiter mit den SP Frauen?» am 20. August im Amtshimmel Baden zu beantworten.



GENDER

Frauen

■ Ist die Lohnungleichheit eine unendliche Geschichte? Was ist für Lohnungleichheit als nächstes zu unternehmen?

■ Frauen sind immer noch viel zu wenig in öffentlichen Ämtern und führenden Positionen vertreten. Die Gründe sind struktureller (Infrastruktur, Dilemma Familie/Beruf, Elternschaftsurlaub etc.) und kultureller Art (Männer wählen Männer, von Frauen wird mehr erwartet als von Männern).

■ Frauen sind oft verunsichert in ihrer Rolle, so, wenn sie als Mutter Vollzeit arbeiten: Tut das nur eine Rabenmutter?

Männer

■ Männer sind heute herausgefordert in Berufen wie Lehrer, Kindergärtner oder Kitabetreuer. Sie stehen unter dem Generalverdacht des sexuellen Missbrauchs, so dass sie oft von Kindern ferngehalten werden.

■ Männer sind verunsichert in ihrer Rolle, so, wenn sie «nur» Teilzeit arbeiten.

Frauen und Männer

■ Für viele Frauen und Männer ist es selbstverständlich, dass die geschlechtliche Gleichstellung aus rechtlicher Sicht institutionalisiert sein muss.

■ Viele Frauen und Männer fordern eine neue, fortschrittliche und gleichberechtigte Familienpolitik.

■ Frauen und Männer setzen sich gemeinsam für eine faire Finanz- und Lohnpolitik ein.

■ Frauen und Männer fordern einen Elternurlaub.

■ Frauen und Männer befinden sich in einer dauernden Rollen-, Werte- und Machtdiskussion.

Für unsere politische Arbeit stellen sich zwei zentrale Fragen:

1. In welchen Gruppen, beziehungsweise in welchen Strukturen und mit welchen interessierten Frauen und Männern bearbeiten wir alle diese Themen für unsere politische Agenda?

2. Wie gestalten wir unsere Personalpolitik, um den Frauenanteil inner- und ausserhalb der SP Aargau erhöhen zu können? Wie setzen wir die Quote um?

Elisabeth Burgener Brogli aus Gipf-Oberfrick ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau und Grossrätin.

GESCHLECHTLICHE GLEICHSTELLUNG

Vorbemerkung

In Mitteleuropa sind wir vergleichsweise weit fortgeschritten in unseren Rechten. Reale und unterschwellige Diskriminierung findet aber auch bei uns noch statt. Das Outing in Familie, Gesellschaft und am Arbeitsplatz fordert Energie, ebenso das Verstecken.

1. Rechte

Es gibt auf eidgenössischer und auf kantonaler Ebene kein verfassungsmässiges Diskriminierungsverbot von homo-, bi-, trans- oder intersexuellen Menschen. Das Partnerschaftsgesetz garantiert keine Gleichstellung gemäss Bundesverfassung von Lebensformen. Es bestehen Differenzen im Erbrecht, bei den Pensionskassen, bei Adoptionen, Vater- beziehungsweise Mutterschaftsanerkennungen und bei der erleichterten Einbürgerung von ausländischen Partner_innen.

Forderungen:

■ Kein Unterschied im Ehe- und Familienrecht (Initiative über SPS)

■ «Partnerschaftsgesetz» für alle Lebensformen (einschliesslich heterosexuelle), Ehe als zivilrechtlicher Vertrag

■ Abschaffung eines definierten Geschlechts.

sein in der SP Aargau



Ein Langzeitziel, das aber zeigt, in welche Richtung eine gerechtere Gesellschaft sich bewegen müsste.

2. Arbeitswelt/Rollen

Unter homosexuellen Frauen und Männern tun sich im Bereich der Rollenbilder ähnliche Gräben auf wie unter heterosexuellen: so bei Lohngleichheit, Karriereförderung von Frauen und Diskriminierung nach optischen Kriterien. Gerade in der Arbeitswelt dienen aber Lesben mit Lebensentwürfen jenseits von heteronormativen Rollenbildern durchaus als Vorbilder für die Berufsfindung von jungen Frauen.

Forderungen:

- Eine ernstzunehmende Fachstelle für Gleichstellung und Diversity-Management (auch in der kantonalen Verwaltung)

3. Wahrnehmung/Sensibilisierung

LGBTI*-Menschen werden in der Partei wie auch in der übrigen Gesellschaft klischeehaft wahrgenommen. Dass Verschiedensein noch immer dem Begriff «normal» gegenübergestellt wird, zeigt Handlungsbedarf.

- Wir sehen sowohl Kanton wie auch Partei hier in der Pflicht für eine Sensibilisierung mittels Fachstelle (Kanton) oder Fachausschuss (Partei).

- Der Fachausschuss erhält den Auftrag, Vernehmlassungsantworten auf ihre «Diversity-Tauglichkeit» zu prüfen.

4. Gesundheit und Alter

Die Suizidrate unter homo-, trans- und intersexuellen Menschen ist um ein Vielfaches höher als unter heterosexuellen Menschen. Auch Kinderwunsch oder Kinderlosigkeit bilden eine psychische Belastung. Im Kanton fehlt eine allen zugängliche adäquate Beratungsstelle für die physische und psychische Gesundheit von LGBTI-Menschen. Der Pflegesituation und den Wohnformen im Alter für LGBTI-Menschen ist endlich Rechnung zu tragen. Das Versteckspiel über die eigene Identität geht leider im Alter oft weiter, weil es in den Institutionen an Sen-

sibilität oder Wissen fehlt. Hier sehen wir Gemeinden und Kanton in der Pflicht.

* LGBTI: lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (lesbisch, homosexuell, bisexuell, transsexuell und intersexuell beziehungsweise nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuschreiben)

Brigitte Ramseier von Gränichen ist politische Sekretärin der SP Kanton Aargau.



INTEGRATION

- Kantonales Integrationsprogramm: Wie gross sind Ressourcen und Fördermittel?

Forderung: Dieser Punkt soll von den SP Sektionen, eventuell von der Linken im Grossen Rat thematisiert werden.

Einbürgerungen

Werden mehr Männer oder Frauen eingebürgert? Dazu gibt es zwar keine offiziellen Statistiken, laut Einschätzungen von Fachpersonen sind es aber eher die Frauen, die bei einer Einbürgerung zurückgestellt werden – aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse.

Forderungen:

- Sozialtarif für die Einbürgerungen anstatt einkommensabhängige Tarife

- Verfahrensdauer kürzen (Vorgeschriebene Fristen) – in vielen Gemeinden werden die Einbürgerungen schubladisiert.

Ausländerstimmrecht

Forderungen:

- Kommunales Stimmrecht
- Vorstoss der eigenen Sektionen

Bewerbungen und Chancengerechtigkeit

Forderungen:

- Anonymes Bewerben (ohne Namen/Foto)
- Interpellation im Grossen Rat
- Aufklärungskampagne (In Bezug auf die Chancengerechtigkeit bei Bewerbungen)

Dariyusch Pour Mohsen von Lenzburg ist Vorstandsmitglied von Second@sPlus Schweiz.

KOMMENTAR

Integration

Ende Mai 2013 hat der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Kreditvorlage für die Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms KIP im Zeitraum 2014–2017 zugestellt. Das KIP basiert auf Vorgaben des Bundes. Dieser hat sich bereit erklärt, in den nächsten vier Jahren zusätzliche Mittel für die Integration von Migrantinnen und



Migranten bereit zu stellen. Der Aargau hat mit einer koordinierten Integrationspolitik vor etwas mehr als vier Jahren begonnen. Seither wurde einiges erreicht. So wurde mit den Landeskirchen und den Sozialpartnern die Anlaufstelle Integration Aargau (AIA) in Aarau aufgebaut. Zahlreiche kleinere Projekte entstanden in den verschiedenen Regionen in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden und privaten Initiativen.

Für die künftige Integrationsarbeit im Aargau ist die lokale Verankerung entscheidend. Integration kann von «Aarau» aus nicht angeordnet, wohl aber kann lokales Engagement unterstützt und gefördert werden. Dazu braucht es gute Ideen und konkrete Projekte in den Gemeinden. Und hier sind wir alle gefordert: Mit eigenen Vorschlägen und mit der Unterstützung von guten Projekten in Gemeinderäten, Gemeindeversammlungen und Einwohnerräten. Die Integrationsarbeit der letzten Jahre ist nicht einfach passiert, sondern das Ergebnis hartnäckiger Arbeit an der Basis, gerade auch von vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ich danke allen, die hier wichtige Arbeit geleistet haben, und ich freue mich, wenn das KIP für möglichst viele Gemeinden Ansporn ist, dass Integration nicht nur politische Forderung bleibt, sondern Realität wird. Danke für eure Mitarbeit!

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

GEMEINDEWAHLEN 2013

Sie wollen an die Spitze der Geme



JOLANDA URECH
Aarau

Nicht immer spielt das Leben so, wie wir planen. Auch in der Politik nicht. Leider hat Lotty Fehlmann Stark ihre Kandidatur als Stadtpräsidentin aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen müssen. In dieser schwierigen Situation habe ich mich nach eingehender Prüfung entschieden, als Stadtpräsidentin zu kandidieren. Ich bin voll motiviert und bereit, meine jahrelange politische Arbeit und Erfahrung für dieses Amt einzusetzen.

Eine wachsende Zahl von Menschen wählt urbane Zentren als Lebens-, Arbeits- und Wohnraum. Dies gilt auch für Aarau. Dieses Wachstum ist eine Auszeichnung, birgt aber auch Herausforderungen. In unserer Stadt sollen alle gerne leben, arbeiten und wohnen. Dafür werde ich mich als Stadtpräsidentin einsetzen.

Für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsschichten und Generationen braucht es eine weitsichtige Politik: für bezahlbaren Wohnraum, für das lokale Gewerbe und die hiesigen Unternehmen, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für Freiräume für Junge und für die Bedürfnisse der älteren Bewohnerinnen und Bewohner, für Kultur- und Sport. Ich wünsche mir Aarau als offene und selbstbewusste Kantonshauptstadt, die mit den Nachbargemeinden zusammenarbeitet und eine starke Region schafft.

Als Stadtpräsidentin werde ich Aarau gestalten und nicht nur verwalten.



MARIE-LOUISE NUSSBAUMER
MARTY Nussbaumen

Ich bin seit über neun Jahren Mitglied des Obersiggenthaler Gemeinderats und habe in dieser Funktion unser Dorf und die ganze weitläufige Gemeinde noch besser kennen- und schätzen gelernt. Gemeinderätin ist das Amt, das am nächsten bei den Leuten ist, und das gefällt mir an dieser Arbeit besonders. Bei keinem andern Exekutivamt sind die Auswirkungen der Entscheidungen so unmittelbar und so direkt sichtbar wie hier, was natürlich eine grosse Verantwortung bedeutet. Diese Verantwortung möchte ich als Frau Gemeindeammann noch vermehrt wahrnehmen.

Ich bin überzeugt, dass ich heute dank meiner privaten, beruflichen und politischen Erfahrung das notwendige Rüstzeug für das anspruchsvolle Amt mitbringe. In der Politik habe ich mir neben dem breiten Wissen auch ein umfangreiches Beziehungsnetz geschaffen. Dieses Beziehungsnetz braucht es in jeder Gemeinde, weil uns nur die Zusammenarbeit in der Region und unter den Gemeinden im ganzen Kanton weiter bringt.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass ich einem mehrheitlich bürgerlichen Gremium angehöre und folglich konsensfähig politisieren muss. Im einen oder anderen Fall will ich aber trotzdem sozialdemokratische Zeichen setzen können.



YVONNE FERI
Wettingen

Seit 2006 bin ich mit viel Engagement und Freude Mitglied des Gemeinderats Wettingen und betreue das Ressort Gesundheit/Soziales. Einiges konnte ich – zusammen mit den Sozialen Diensten – angehen und erreichen:

Eine Fachstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit inklusive Altersleitbild, die Reorganisation und Professionalisierung der Sozialen Dienste, Alkohol- und Drogenpräventionsprojekte, Frühintervention mittels rundem Tisch, die Erarbeitung einer Strategie Krippenpool, flächendeckende Tagesstrukturen für Schulkinder, ein Projekt frühkindliche Bildung, Begleitung und Erziehung, Elternbildung.

Folgendes möchte ich jetzt anpacken: die Weiterentwicklung der Sozialen Dienste und der Sozialberatung, Weiterentwicklung der Arbeitsintegrationsprojekte, Tagesstrukturen und Kitas: Nachfrage und Angebot ins Verhältnis bringen, Gesundheitspräventionsprojekte initiieren.

Gleichzeitig kandidiere ich auch als Frau Vizeammann. Acht Jahre Tätigkeit im Gemeinderat, Erfahrungen und Vernetzungen aus der kantonalen und nationalen Politik prädestinieren mich für dieses Amt, und ich möchte meine Fähigkeiten und mein Wissen noch direkter für unsere Gemeinde einsetzen können. Mein Ziel ist es, die Arbeit des Gemeinderates durch eine offene Kommunikation transparenter werden zu lassen und die Bevölkerung möglichst breit einzubeziehen.

inde



HANS-MARTIN PLÜSS
Zofingen

Ja – das Politisieren im Stadtrat Zofingen macht immer noch Spass wie am ersten Tag, und ich bin für meine zweite Legislatur voll motiviert. Dabei bin ich bereit, neben meinem Ressort Hochbau + Liegenschaften als Vizeammann auch die Verantwortung für das Gesamtkollegium stärker mitzutragen.

Weshalb ich? Nach dem Rücktritt meiner Parteikollegin Annegret Dubach ist es vernünftig und natürlich, dass wieder ein SP-Vertreter das Vizeammannamt neben dem bürgerlichen Stadtammann übernimmt. Mit meinem beruflichen Hintergrund (Rechtsanwalt) und meiner Erfahrung bringe ich die notwendigen fachlichen Voraussetzungen mit. Und nachdem ich bei den Stadtratswahlen anfangs Juni von allen Kandidierenden am meisten Stimmen erhalten habe, kann ich bei den Zofingerinnen und Zofingern auf eine breite Akzeptanz zählen.

Was sind meine Erwartungen? Es geht mir nicht um einen schönen Titel. Primär will ich unseren Stadtammann noch besser unterstützen. Wenn ich dabei unseren Anliegen einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, einer nachhaltigen Entwicklung und einem anständigen Umgang mit unseren Mitarbeitenden mehr Gewicht geben kann – umso besser. Ich freue mich auf die spannende Aufgabe.



ROLF WALSER
Aarburg

Am 22. September finden im Städtchen Aarburg die Wahlen des Gemeinde- und Vizeammanns statt. Das Amt des Ammanns steht zur Disposition. Während der vergangenen zwei Legislaturen durfte ich im Gemeinderat zuerst die Ressorts Energie und Sicherheit betreuen, seit knapp vier Jahren das Schlüssel-Ressort Bau, Planung, Umwelt. Meine Kenntnisse stelle ich gerne auch weiterhin zur Verfügung.

Die Gemeindeentwicklung und die Regionalplanung sind zentrale Aufgaben, und ich bin überzeugt, dank meiner Dossier-Festigkeit zum Gelingen einiger weiterer wichtiger Projekte beitragen zu können. Als Schulleiter eines grösseren Schulverbandes habe ich zudem Führungskompetenzen erwerben können, die ich ebenfalls gerne einbringen will.

Die Repräsentation der Gemeinde und das Führen des Gemeinderats sind die hauptsächlichsten zusätzlichen Aufgaben des Gemeindeammanns, des «primus inter pares». Dieser Herausforderung stelle ich mich und verpflichte mich, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Eine nachhaltige und geordnete Entwicklung unserer Gemeinde liegt mir am Herzen. Mit dem Projekt Stadtaufwertung hat die Exekutive mit Unterstützung des Stimmvolks eine Strategie für die zukünftige Gestaltung des öffentlichen, aber auch des privaten Raums entworfen. Gerne helfe ich mit, diese umzusetzen.

KOMMENTAR

Halbzeit

Wie die Zeit vergeht! Erst gerade wurde ich in den Nationalrat gewählt und schon bald stehe ich in der Mitte der laufenden



Legislatur. Viel hat sich beruflich und politisch in den knapp zwei Jahren verändert. Meinen Horizont konnte ich in der kurzen Zeit bereits stark erweitern, ich habe viele neue Menschen kennengelernt und finde mich

inzwischen im Bundeshaus und in der Parlamentsarbeit gut zurecht. Nach wie vor habe ich grossen Respekt gegenüber diesem Amt und versuche immer wieder aufs Neue, dem Auftrag als Nationalrätin gerecht zu werden. Am 29. August 2013 ab 19.30 Uhr berichte ich im Rathaus Wettingen über meine Herausforderungen und Erfahrungen der letzten zwei Jahre als Nationalrätin und über die einzelnen Geschäfte, die mich beschäftigten.

Neben meiner politischen Arbeit versuchte ich in diesem Jahr zudem, noch mehr in Kontakt mit den Menschen im Aargau zu treten. Ich besuche Gemeindeversammlungen und Einwohnerräte im Kanton Aargau, und es ist eine tolle Erfahrung. So erhalte ich einen Einblick darüber, was die Bürgerinnen und Bürger in anderen Gemeinden bewegt. Und ich lerne spannende Personen kennen. Zusätzlich laufe ich in diesem Jahr an verschiedenen Volksläufen mit und spende mit jedem gerannten Kilometer an die Organisation «Terre des Femmes». Und auch das: eine gute Erfahrung, die mich motiviert und mich darin bestätigt, dass Politik eben nicht nur unter der Bundeshauskuppel stattfindet.

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin und Gemeinderätin.

KOMMENTAR

Einkaufen, wann es mir passt

Vor einiger Zeit lebte ich ein Jahr lang in Boston. War das schön: Die Supermarkets waren rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche offen, für vergessliche Hühner und für Berufstätige mit langen Arbeitszeiten. Offen waren aber nur die Läden auf der grünen Wiese und kleine Familienbetriebe. Und viel Kundschaft hatten die schlecht bezahlten Angestellten nicht zu bedienen. Auch ich zog es vor, das lästige Shopping bei Tageslicht zu erledigen, das war sicherer. Zwar gab es auch tagsüber Überfälle, aber weniger, und im Supermarkt musste man nicht in die Schiessen der nachts dort postierten Wachen blicken.



Es gibt auch in unserer Bewegung solche, denen lange Ladenöffnungszeiten wichtiger sind als das, was dahinter steht – der grosse Eigennutz der Arbeitgeber, die zu keinem Gesamtarbeitsvertrag bereit sind (nur Coop hat für die regulären Läden, nicht für die Tankstellenshops, einen GAV). Die Deregulierung im Arbeitsrecht wird seit den neunziger Jahren betrieben. Und auch in den SP-internen Debatten vor Abstimmungen werden die Gewerkschaften von den ImmereinkäuferInnen als rückständig tituliert. Mich irritiert bei solchen Diskussionen nicht nur der Egoismus der eigenen Leute, sondern auch deren intellektuelles Unvermögen, die neoliberale Tendenz hinter den Deregulierungen zu erkennen. Zumindest wir sollten ja nicht in einem Land leben wollen, in dem Solidarität, soziale Sicherheit, Schutz der Schwächeren und Menschenrechte Schimpfwörter sind. Im Gegenteil sollten wir möglichst viele davon überzeugen, dass ohne den Schutz durch das Recht auch ihr Leben unsicher wird.

Es gibt auch in unserer Bewegung solche, denen lange Ladenöffnungszeiten wichtiger sind als das, was dahinter steht – der grosse Eigennutz der Arbeitgeber, die zu keinem Gesamtarbeitsvertrag bereit sind (nur Coop hat für die regulären Läden, nicht für die Tankstellenshops, einen GAV). Die Deregulierung im Arbeitsrecht wird seit den neunziger Jahren betrieben. Und auch in den SP-internen Debatten vor Abstimmungen werden die Gewerkschaften von den ImmereinkäuferInnen als rückständig tituliert. Mich irritiert bei solchen Diskussionen nicht nur der Egoismus der eigenen Leute, sondern auch deren intellektuelles Unvermögen, die neoliberale Tendenz hinter den Deregulierungen zu erkennen. Zumindest wir sollten ja nicht in einem Land leben wollen, in dem Solidarität, soziale Sicherheit, Schutz der Schwächeren und Menschenrechte Schimpfwörter sind. Im Gegenteil sollten wir möglichst viele davon überzeugen, dass ohne den Schutz durch das Recht auch ihr Leben unsicher wird.

Es gibt auch in unserer Bewegung solche, denen lange Ladenöffnungszeiten wichtiger sind als das, was dahinter steht – der grosse Eigennutz der Arbeitgeber, die zu keinem Gesamtarbeitsvertrag bereit sind (nur Coop hat für die regulären Läden, nicht für die Tankstellenshops, einen GAV). Die Deregulierung im Arbeitsrecht wird seit den neunziger Jahren betrieben. Und auch in den SP-internen Debatten vor Abstimmungen werden die Gewerkschaften von den ImmereinkäuferInnen als rückständig tituliert. Mich irritiert bei solchen Diskussionen nicht nur der Egoismus der eigenen Leute, sondern auch deren intellektuelles Unvermögen, die neoliberale Tendenz hinter den Deregulierungen zu erkennen. Zumindest wir sollten ja nicht in einem Land leben wollen, in dem Solidarität, soziale Sicherheit, Schutz der Schwächeren und Menschenrechte Schimpfwörter sind. Im Gegenteil sollten wir möglichst viele davon überzeugen, dass ohne den Schutz durch das Recht auch ihr Leben unsicher wird.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

ABSTIMMUNG ARBEITSGESETZ

Tankstellenshops sind erst der Anfang

Wieso sagen wir am 22. September Nein zur weiteren Deregulierung des Arbeitsgesetzes? Weil uns die Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen und Verkäufer nicht Wurst sind! Aber auch weil die Vorlage ein erster Schritt zum weiteren Abbau ist.

Wir sind gegen den 24-Stunden-Arbeitstag und die 7-Tage-Woche. Denn Nacht- und Sonntagsarbeit sind ungesund. Sie führen zu Schlafstörungen, Kreislaufkrankheiten und Magenproblemen. Sie erschweren das Sozialleben der Betroffenen. Gemeinsame Familien- und Freizeit wird fast unmöglich gemacht. Deshalb wird die Sonntags- und Nachtarbeit vom Gesetzgeber bisher auf ein Minimum beschränkt. Klar müssen Polizei, Spitäler und der öffentliche Verkehr da eine Ausnahme bilden. Wieso man aber rund um die Uhr und mitten in der Nacht soll Bratwürste und Fertigpizza einkaufen können, bleibt das Geheimnis von Economiesuisse und der Erdölvereinigung, die hinter der Vorlage stehen.

Es ist bekannt, dass die Arbeitsbedingungen im Verkauf nicht die besten sind. Tiefe Löhne, Arbeit auf Abruf und chronischer Personalangel lasten bereits heute auf den Mitarbeitenden. Die Löhne im Detailhandel sind allgemein sehr tief, im Bereich der Tankstellenshops aber nochmals tiefer als der Durchschnitt. Preisdruck und Umsatzschwankungen werden direkt auf die Mitarbeitenden abgewälzt. Die Öffnungszeiten wurden kontinuierlich ausgedehnt. Ohne dass das Personal dafür etwas zurückbekommen hätte. Die Branche wehrt sich mit Händen und Füßen gegen sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen. Für eine Grosszahl des Verkaufspersonals ist das Arbeitsgesetz der einzige Schutz.

Kein Wunder, sprechen sich Verkäuferinnen und Verkäufer, wenn sie denn gefragt werden, seit Jahren grossmehrheitlich gegen längere Ladenöffnungszeiten aus. Gemeinsam mit den

Gewerkschaften und linken Parteien konnten sie auch an der Urne in über 90 Prozent der Fälle eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten auf kantonaler Ebene verhindern.

Offensichtlich entspricht diese auch keinem Kundenbedürfnis. Nun haben die Liberalisierer ihren Aktivismus auf die nationale Ebene verlagert. Die Tankstellen-Vorlage ist nur die erste einer ganzen Vorstossflut auf Bundesebene. Die Durchsetzung des 24-Stunden-Arbeitstages soll schrittweise durchgesetzt werden. Bereits fordern beispielsweise die Grünliberalen, dass die von den Räten verabschiedeten Regeln für die Tankstellen auch für andere Läden gelten sollten, damit alle die gleichen Bedingungen haben. Weil

die Deregulierungs-Strategen wissen, dass sie mit einem Frontalangriff auf die Arbeitsbedingungen vor dem Souverän keine Chance hätten, haben sie sich den Detailhandel ausgewählt. Doch das Fernziel bleibt die generelle, bewilligungsfreie Einführung der Nacht- und Sonntagsarbeit in der gesamten Wirtschaft. Eine breite Allianz aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Frauenorganisationen und ArbeitsmedizinerInnen (Sonntagsallianz) hat deshalb das Referendum ergriffen. Setzen wir dem Streben nach Deregulierung mit einem Nein am 22. September ein Ende!



Pascal Pfister von Basel ist Gewerkschaftssekretär für den Industrie- und Dienstleistungssektor bei der Unia Aargau und ab September 2013 Basler SP-Grossrat.





KEIN ZUGANG MEHR FÜR ASYLSUCHENDE

Sparen statt Integrieren

Im Mai schloss das Departement Bildung, Kultur und Sport Asylsuchende im Verfahren von der Kantonalen Schule für Berufsbildung (KSB) aus. Diesen unbegreiflichen Beschluss bekämpften das Netzwerk Asyl, Hilfswerke, der vpod, SP und Grüne mit einer Petition.

«Ich bin ein 17-jähriger Jugendlicher aus Somalia und bin alleine in der Schweiz. Ich habe mich (...) für die Kantonale Schule für Berufsbildung angemeldet, weil ich lernen will und einen Beruf haben möchte. Dass ich nicht in die Schule gehen kann (...), macht mich traurig.» Mit diesen Worten hat sich ein junger Asylbewerber an den Kanton gewandt. Er war für das zweijährige Integrationsprogramm angemeldet, das die kantonale Schule für Berufsbildung (KSB) Jugendlichen anbietet, die noch keine Lehrstelle haben. Die KSB liess zu diesem Programm auch junge Asylsuchende mit Status N zu, deren Gesuch noch hängig ist.

Es wurde aber nichts aus der Hoffnung des jungen Mannes, in der Schweiz etwas zu lernen und seine Zeit, die vor allem aus Nichtstun und viel Langeweile besteht, sinnvoll zu nutzen. Denn in einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat das zuständige Departement beschlossen, die jungen Asylbewerber nicht mehr zum Integrationsprogramm zuzulassen – offenbar aus finanziellen Gründen und weil es für die Aufnahme keine Rechtsgrundlage gebe. So berichtete jedenfalls die Aargauer Zeitung. Denn vom Kanton war nichts zu erfahren. Wenn sich nicht der Verein Netzwerk Asyl und die Hilfswerke Caritas und HEKS der Sache angenommen hätten, hätte wohl niemand erfahren, dass zahlreiche junge Menschen – schon angemeldet oder mitten im Programm – jetzt auf der Strasse stehen.

Der Entscheid ist unfair für die Betroffenen, die sich bemühen, aus ihrer schwierigen Situation das Beste zu machen. Die KSB half ihnen dabei unbürokratisch und pragma-

tisch. Die Möglichkeit zum Schulbesuch hat vielen der jungen Menschen eine Perspektive eröffnet. Ohne Beschäftigung dagegen ist die Gefahr gross, dass sie in Kleinkriminalität oder Depression abgleiten. Der Entscheid ist auch unsinnig: Die Erfahrung zeigt, dass die meisten Schülerinnen und Schüler mit Aufenthaltsstatus N aufgenommen werden. Das Integrationsprogramm der KSB gibt ihnen das Rüstzeug für eine Berufslehre und ist ein Ausweg aus der Sozialhilfe. Und die wenigen, die die Schweiz verlassen müssen, können in der Heimat mit dem Gelernten eine Zukunft aufbauen.

Die vermeintliche Sparübung ist damit alles andere als nachhaltig. Sie gibt uns einen Vorgeschmack auf das, was noch folgen kann, wenn in den nächsten Jahren die Kantonsfinanzen knapper werden, weil man mit immer neuen Steuersenkungen die Gutverdienenden entlastet. Und die traurige Routine: Gespart wird immer zuerst bei denen, die sich am wenigsten wehren können.

Mit einer Petition, die über 1000 Mal unterschrieben wurde, zeigen die Hilfswerke und der vpod jetzt dem Kanton die rote Karte. Und zusammen mit anderen Fraktionen verlangt die SP im Grossen Rat Antworten auf die drängendsten Fragen. Es wird sich zeigen, ob die Regierung lernfähig ist ...

Dieter Egli von Windisch ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau und Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.



KOMMENTAR

Kohle statt Würde und Respekt?

Anfang Juni wurde ich am gleichen Wochenende mit folgenden Themen konfrontiert: Unterschriftensammlung zur Volksinitiative AHVplus, Anfrage für eine Veranstaltung zur Mindestlohninitiative, Streik bei SPAR in Baden-Dättwil und Abstimmung über Ladenöffnungszeiten im Kanton Luzern. Als ich am Montag darauf im Zug zur Sommersession nach Bern sass, kreisten meine Gedanken noch einmal um diese Themen. Die Unterschriftensammlung in der Badstrasse für eine zehnpromtente AHV-Aufbesserung, die Vorbereitungen auf das Podium zur Mindestlohninitiative, die Teilnahme am Solidaritätsfest für die SPAR-Angestellten in Baden und die Nachricht über das Nein des Stimmvolkes in Luzern zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten: Was hat das alles miteinander zu tun?



Als ich Unterschriften für die Volksinitiative AHVplus sammelte, war die meist gestellte Frage: Wer finanziert das? Wenn ich mich an Podien für die Mindestlohninitiative engagiere, kommt oft die Frage: Ist das finanziell verkraftbar? Als es um den Streik bei Spar ging, wurde sofort gefragt: Wer bezahlt den Umsatzausfall? Wenn es um die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten geht, ist das Argument «Umsatzsteigerung» zuvorderst.

Sind dies alles finanzpolitische Themen? Geht es nur um die Kohle? Nein, da halte ich dagegen: Bei allen diesen Themen geht es vor allem um Fairness, um Würde und um Respekt. Es geht um existenzsichernde Renten. Um ein Einkommen zum Auskommen. Um faire Anstellungsbedingungen. Und es geht darum, dass die Nacht nicht immer mehr zum Arbeitstag und der Sonntag nicht zum normalen Werktag wird.

Sind dies alles finanzpolitische Themen? Geht es nur um die Kohle? Nein, da halte ich dagegen: Bei allen diesen Themen geht es vor allem um Fairness, um Würde und um Respekt. Es geht um existenzsichernde Renten. Um ein Einkommen zum Auskommen. Um faire Anstellungsbedingungen. Und es geht darum, dass die Nacht nicht immer mehr zum Arbeitstag und der Sonntag nicht zum normalen Werktag wird.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist SP-Nationalrat.

SASCHA ANTENEN NEUER PRÄSIDENT DER JUSO AARGAU

Präsenz auf der Strasse ausbauen

Sascha Antenen wurde am 15. Juni als Nachfolger von Florian Vock zum Präsidenten der JUSO Aargau gewählt.



Die JUSO Aargau ist in den vergangenen Jahren immer wieder stark aufgetreten. Keine andere Jungpartei war so aktiv wie wir. Mit den Petitionen für mehr Kultur im Kanton setzten wir uns für die Interessen der Jugendlichen ein. Bei den letzten nationalen und kantonalen Wahlen erzielten wir gute Resultate auf der eigenen oder der SP-Liste. Unsere Initiativfähigkeit stellten wir mit der Transparenz-Initiative unter Beweis. Dies alles erreichen wir dank vielen motivierten Mitgliedern und einem starken Vorstand.

Als neuer Präsident der JUSO Aargau möchte ich diese Erfolgsgeschichte weiterführen. Wir sollten unsere Präsenz auf der Strasse

ausbauen und uns dort, nah bei der Bevölkerung, für die soziale Idee einsetzen. Dabei ist es auch nicht verboten, ab und zu etwas provozierender zu agieren. Es ist wichtig, dass wir mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen Präsenz markieren. Wir Linken beantworten nicht nur die Fragen der Rechten, sondern stellen auch selber Fragen, jetzt und in Zukunft. Diese bringt uns einige Herausforderungen: Bei den Initiativen wie der 1:12 und der Mindestlohninitiative braucht es unseren Einsatz. Dazu kommen die Gemeindevahlen diesen Herbst, bei denen einige JUSOs antreten. Und natürlich auch noch unsere Spekulationsstopp-Initiative, die wir bis Ende Jahr einreichen wollen. An Aufgaben mangelt es uns nicht. Darum brauchen wir weiterhin viele aktive und motivierte JUSOs.

Meine JUSO-Karriere begann 2010, als ich die JUSO Zofingen gründete und so die JUSO auch in meiner Heimatstadt verankerte. Bis ich 2012 in den Vorstand der JUSO Aargau gewählt wurde, prä-

sidierte ich die JUSO Zofingen. Bei der JUSO (und auch bei der SP) durfte ich Erfahrungen sammeln, bei Kampagnenführung, Medienarbeit oder als Kandidat bei National- und Grossratswahlen mit ordentlichen Resultaten.

Neben der Politik versuche ich jeweils noch ein Privatleben zu führen. In diesem habe ich zuerst die Wirtschaftsmittelschule in Aarau abgeschlossen und danach zwei Jahre an der FH Betriebsökonomie studiert. Danach habe ich mich 2012 entschieden, das Studium an der Höheren Fachschule weiterzuführen. So arbeite ich aktuell neben dem Studium an der HF noch 50 Prozent als kaufmännischer Angestellter.

Sascha Antenen von Zofingen ist Präsident der JUSO Aargau und Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Britttau.

ABSTIMMUNG VOM 22. SEPTEMBER

Parolen der SP Aargau

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»	JA
Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen	JA
Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	NEIN

KANTONALE VORLAGEN:

Aargauische Volksinitiative «Miteinander statt Gegeneinander»	NEIN
Aargauische Volksinitiative «Ja zur ärztlichen Medikamentenabgabe»	NEIN

16. caféCantonal

SAMSTAG, 14. SEPT. 2013
09.30 BIS 11.30 UHR

REF. KIRCHGEMEINDEHAUS
SAFENWIL
(KIRCHRAIN 2)

MENU
TOUR D'HORIZON
DURCH DIE AARGAUER POLITIK

SERVIERT VON
REGIERUNGSRAT URS HOFMANN
DESSERT: FRAGEN DER BEVÖLKERUNG

Alle sind zum 16. CaféCantonal und zum anschliessenden Apéro eingeladen.

AGENDA

29. August, 19.30 Uhr, Rathaus Wettingen:

Nationalrätin Yvonne Feri berichtet über ihre Tätigkeit in Bern.

3. September, 19–20.30 Uhr im Restaurant Rathausgarten, Aarau:
Parteirat

6. September, 18 Uhr, Bildungszentrum BZZ Zofingen:
«Wohin geht die Schweiz?»
Streitgespräch mit Cédric Wermuth und Christoph Blocher, moderiert von Roger Köppel.
Festwirtschaft ab 18 Uhr, Debatte ab 19 Uhr.

14. September, 9.30–11.30 Uhr, Reformiertes Kirchgemeindehaus Safenwil:
caféCantonal mit Regierungsrat Urs Hofmann.

17. September, 20 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau:
ao. Parteitag SP Aargau

3. Oktober 2013
Berner Suppe à la Nationalrat Max Chopard, Gast Nationalrätin Yvonne Feri
19 bis 21 Uhr Stübli, Restaurant Löwen, Mellingen

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
5. August
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
28. August

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Sascha Antenen, Elisabeth Burgener Brogli, Max Chopard-Acklin, Dieter Egli, Yvonne Feri, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Dariyusch Pour Mohsen, Marie-Louise Nussbaumer, Pascal Pfister, Hans Martin Plüß, Brigitte Ramseier, Beni Strub, Jolanda Urech, Rolf Walser.

6. SEPTEMBER 2013

CÉDRIC WERMUTH & CHRISTOPH BLOCHER

WOHIN GEHT DIE SCHWEIZ?

Moderation: Roger Köppel
Bildungszentrum Zofingen BZZ
Festwirtschaft ab 18 Uhr,
Debatte ab 19 Uhr